

Industrielle Gesundheitswirtschaft als Zukunftsindustrie verankern

Handlungsfelder für die Stärkung des iGW-Standortes Deutschland

6. November 2024

Zusammenfassung

Die industrielle Gesundheitswirtschaft (iGW) ist eine Zukunftsindustrie und am Standort Deutschland innovationsstark, beschäftigungsintensiv und wertschöpfungstief. Die Teilsektoren der iGW – Pharma, Medizintechnik, Biotechnologie und Health-IT – tragen als Hightech-Industrie wesentlich zum medizinischen Fortschritt bei und fördern dadurch ein gesünderes und längeres Leben. Gleichzeitig ist die iGW mit über einer Million Beschäftigten, einer Bruttowertschöpfung von 94,6 Mrd. Euro im Jahr 2023 und einem Exportanteil von 9,8 Prozent der Gesamtexporte ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für den deutschen und europäischen Wirtschafts- und Innovationsstandort. Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine hochwertige Gesundheitsversorgung sowie eine wettbewerbsfähige iGW in Deutschland beziehungsweise Europa sind. Sie ist zentral für eine resiliente Gesundheitsversorgung in Krisenzeiten, aber auch darüber hinaus maßgebliche Treiberin für Produktivitätssteigerungen durch geringere (Arbeits-) Ausfälle aufgrund von Erkrankungen – gerade in Zeiten des demographischen Wandels. Sowohl der Mangel an Fachkräften als auch der Bedarf an Produkten und Leistungen der iGW nehmen zu. Innovative Gesundheitslösungen und der Ausbau digitaler Angebote sind gefragt, um die Diagnostik- und Therapiemöglichkeiten zu verbessern und den Fachkräftengpass – auch in der medizinischen Versorgung – abzumildern.

Die vorliegende BDI-Position macht konkrete Vorschläge, wie die iGW am Standort Deutschland und Europa gestärkt werden kann. Zentral sind dabei unter anderem die folgenden Maßnahmen:

- **iGW-Strategie als Zukunftsanker ausarbeiten:** Eine holistische iGW-Strategie sollte Vorschläge für langfristig angelegte Maßnahmen zur Sicherung und Stärkung des Forschungs-, Produktions- und Gesundheitswirtschaftsstandortes Deutschland entwickeln und dabei auch Aspekte der finanziellen Förderung und Kosten berücksichtigen. Dabei gilt es, die iGW ganzheitlich mit ihren vier Sektoren zu betrachten.
- **Austausch mit politischen iGW-Akteuren institutionalisieren:** Die iGW braucht eine klare Zuständigkeit und politische Führung im BMWK. Ein institutionalisierter Austausch zwischen den Ressorts der Bundesregierung und der Gesundheitsindustrie zu den wirtschaftspolitischen Anliegen der iGW, beispielsweise über die Fortführung des BMWK Round Table Gesundheitswirtschaft, sollte auch weiterhin angestrebt werden. Die Erweiterung des Dialogformats mit den Länderregierungen würde für eine verbesserte Koordination zwischen Bund und Ländern sorgen.

- **Digitalisierung als Hebel für Qualität und Effizienz nutzen:** Der Aufbau eines interoperablen Gesundheitsdatenökosystems ist entscheidend, um Innovationen und den Einsatz von KI im Sinne des Patientenwohls voranzutreiben und Fachkräftemangel sowie die Herausforderungen des demografischen Wandels abzumildern. Um den Digitalisierungsrückstand im Gesundheitswesen aufzuholen und Effizienzreserven zu heben, benötigt die Forschung strukturierte und qualitativ hochwertige Daten. Die iGW spielt hier eine wesentliche Rolle und sollte eingebunden werden, z. B. bei der Mitgestaltung von Interoperabilität und internationalen Standards.
- **Strategische Partnerschaften in der globalen Gesundheit knüpfen:** Deutschland sollte strategische Partnerschaften in der globalen Gesundheit über die Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit hinaus ausbauen, um sich als starker Akteur in der globalen Gesundheitsarchitektur zu positionieren und Gesundheitssysteme weltweit zu stärken. Eine bessere Verzahnung von politischen Maßnahmen mit (außen-)wirtschaftlichen Aktivitäten ist dabei entscheidend, um ein Ökosystem zu schaffen, in dem Unternehmen eigenständig agieren können.
- **EU als Standort für innovative Gesundheitstechnologien ausbauen:** Die Gesundheitsindustrie ist ein zentraler Wirtschaftssektor und unabdingbar für die Resilienz europäischer Gesundheitssysteme. Daher sollte die Stärkung der europäischen Gesundheitswirtschaft im Vordergrund stehen, um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA und China zu sichern. Ein intensiverer Austausch zwischen den Mitgliedstaaten zu den wirtschaftspolitischen Anliegen der iGW sollte genauso angestrebt werden wie harmonisierte europäische Standards, um die Innovationskraft und Resilienz der Branche zu stärken.

Inhaltsverzeichnis

Übersicht über Chancen und Erfolgsfaktoren der iGW	4
Warum die strategische Stärkung der iGW wirtschaftlich sinnvoll ist.....	5
Innovation als Wachstumstreiberin für die iGW	6
Investitionen in Forschung und Entwicklung in der iGW strategisch anreizen	6
Forschungsk Kooperationen fördern und dadurch Translation beschleunigen	7
Attraktiver Standort für Life Science-Start-ups und Scale-ups werden.....	7
Ausgewogenen IP-Schutz als Investitionsanreiz begreifen	8
Finanzierung des Gesundheitssystems nachhaltig aufstellen	9
 Digitalisierung und KI als Hebel für Effizienz und Wachstum	 10
Qualitativ hochwertige Gesundheitsdatensätze für Forschung und Entwicklung anstreben	10
Ein inklusives Datenökosystem aufbauen und gestalten	11
Digitale Transformation in der Gesundheitsversorgung incentivieren	11
 Bürokratie abbauen und Regulierungsdichte zurückfahren	 12
Heterogenität datenschutzrechtlicher- und Ethikkommissions-Anforderungen reduzieren	12
Zulassungs- und Produktionsprozesse beschleunigen.....	13
 Starke iGW als Basis für eine resiliente und nachhaltige Versorgung	 13
Versorgungsautonomie am Standort stärken.....	14
Gesundheitsversorgung als Hebel für Nachhaltigkeit nutzen	14
 Europa als Standort für innovative Gesundheitstechnologien	 16
Innovationsfähigkeit der iGW auch auf europäischer Ebene stärken	16
Zentrale Handlungsfelder gemeinsam in einer starken EU angehen	17
 Fachkräftesicherung als zentrale Herausforderung im Gesundheitssystem	 18
Strategische Partnerschaften in der globalen Gesundheit.....	19
Globale Kooperationen und Partnerschaften stärken	19
Exportstärke der iGW gezielt fördern	20
 Stärkung der iGW durch sektorspezifische Maßnahmen	 21
Fokus Pharma	21
Fokus Medizintechnik.....	22
Fokus Biotechnologie	23
Fokus Health-IT	24
 Über den BDI.....	 26
Impressum	26

Übersicht über Chancen und Erfolgsfaktoren der iGW

Eine starke iGW schafft Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze und medizinischen Fortschritt. Sie ist zentral für eine gesunde und produktive Bevölkerung bis ins hohe Alter sowie eine resiliente und effiziente Gesundheitsversorgung. Zudem kann sie als Brückenbauerin in andere Länder einen gesellschaftlichen und politischen Mehrwert stiften. Damit die iGW international wettbewerbsfähig bleibt, benötigt sie einen starken Heimatmarkt, in dem sie als wichtiger Wirtschaftsfaktor und nicht als Kostentreiberin gesehen wird.

Sektorübergreifende Maßnahmen

Innovation Innovation als Wachstumstreiberin für die iGW fördern und Investitionen in kritische Gesundheitsfragen wie nicht-übertragbare Krankheiten oder Infektionskrankheiten anreizen; Translation fördern; IP-Schutz sicherstellen.	Digitalisierung Digitalisierung und KI als Hebel für Effizienz und Wachstum nutzen: Dazu gehört der Ausbau digitaler Infrastrukturen sowie der Zugang zu qualitativ hochwertigen Daten.	Bürokratie Bürokratie abbauen und Regulierungsdichte zurückfahren, v. a. in der Auslegung der DSGVO, im Bereich von Produktionsprozessen und der Nachhaltigkeitsberichterstattung.
Resilienz iGW als Zukunftsindustrie begreifen und einen kontinuierlichen Dialog mit politischen Stakeholdern etablieren, um eine krisenfeste Gesundheitsversorgung sicherzustellen.	Fachkräfte Herausforderungen des demografischen Wandels im Gesundheitssystem bewältigen und neue Wege zur Fachkräftesicherung gehen.	EU und global Die EU als Standort für innovative Gesundheitstechnologien stärken und globale Partnerschaften strategisch aufbauen.

Sektorspezifische Maßnahmen

Pharma	Medizintechnik	Biotechnologie	Health-IT
- Weiterentwicklung des AMNOG und Abschaffung der „Leitplanken“ sowie des Kombiabschlags - Überbürokratisierung und Schaffung immer neuer Zwangsrabatte und Preisregulierungsinstrumente beenden - Akzeptanz klinischer Evidenz im Rahmen der europäischen Nutzenbewertung vereinheitlichen - Abschaffung von Lagerhaltungspflichten durch die Hersteller - Effizientere Zulassungsverfahren für Arzneimittel - Kommunale Abwasserrichtlinie überdenken	- Weiterentwicklung MDR/IVDR - Ermäßigter und einheitlicher Mehrwertsteuersatz - KI-Innovationen ermöglichen (u. a. Doppelregulierung vermeiden und Training von ML/KI-Plattformen vereinfachen) - Besondere Anforderungen bei umwelt- und nachhaltigkeitsbezogenen Regulierungen berücksichtigen; risikobasierter Ansatz bei PFAS anstreben	- Erweiterung des „DeepTech & Climate Fonds“ für die medizinische Biotechnologie - Regulierung Gentechnik anpassen (u. a. für eine ressourcenschonende Nachbildung von Proteinen) - Streichung der automatischen Substitution von Biopharmazeutika in Apotheken sowie Verhinderung unfairer Doppelrabattierung - Abwanderung biotechnologischer Produktionsstandorte verhindern	- Die digitale Transformation in Krankenhäusern und deren Anbindung an dezentrale Versorgungsstrukturen fördern - Anreize für digitale Versorgungslösungen und Stärkung der ePA-Infrastruktur - Weiterentwicklung der Digitalagentur für Gesundheit zur Stärkung von Interoperabilität, ohne den Wettbewerb zu gefährden - Cybersecurity für kritische Infrastruktur erhöhen

Erfolgsfaktoren der iGW

Fokus auf langfristige Stabilität des Bildungssystems, Stärkung der industriellen Basis, der Forschungslandschaft sowie des Gesundheitssystems als Fundament einer innovativen und resilienten iGW

Warum die strategische Stärkung der iGW wirtschaftlich sinnvoll ist

Mit einer Million Beschäftigten und einer Bruttowertschöpfung von 94,6 Mrd. Euro im Jahr 2023 ist die iGW ein wichtiger Motor für Wachstum und Beschäftigung und leistet mit einem Exportvolumen von über 177 Mrd. Euro pro Jahr (2023) einen wichtigen Beitrag zur globalen Versorgungssicherheit. Von 2013 bis 2022 ist die Branche jährlich um durchschnittlich 5,1 Prozent gewachsen, während es in der Gesamtwirtschaft 3,5 Prozent waren. Auch bei den Erwerbstätigen wurden höhere Wachstumsraten erzielt: Während die Gesundheitsindustrie in diesem Zeitverlauf einen Erwerbstätigenanstieg von zwei Prozent verzeichnete, waren es in der Gesamtwirtschaft nur 0,8 Prozent.¹ Daraus folgen Ausstrahleffekte auf die gesamte deutsche Volkswirtschaft: Im Jahr 2023 erzeugte die iGW durch ihre Nachfrage nach Vorleistungen auf nationaler Ebene auch indirekte Effekte in Höhe von 64,9 Mrd. Euro an Wertschöpfung und sicherte damit zusätzlich 777.800 Arbeitsplätze. Durch den induzierten Konsum der direkt und indirekt Beschäftigten wurden deutschlandweit weitere 30,9 Mrd. Euro Bruttowertschöpfung und 376.800 induzierte Arbeitsplätze geschaffen.

In Zeiten trüber Wachstumsprognosen für die deutsche Wirtschaft gilt die iGW als überdurchschnittlich widerstandsfähig und weniger anfällig von Konjunkturzyklen – das hat zuletzt die BDI-Transformationspfade-Studie² belegt und der iGW als Zukunftsbranche gute Wachstumschancen am Standort Deutschland in Aussicht gestellt. Umfangreiche Investitionen haben in den letzten Monaten deutlich gemacht, dass die Gesundheitsindustrie dem Standort Deutschland nach wie vor großes Potenzial beibringt. Vor allem die exzellente Grundlagenforschung, die Forschungsinfrastruktur sowie die Fachkräfteaus- und Weiterbildung werden als Fundament einer starken iGW geschätzt. Um dieses Standortpotenzial abzusichern und auszubauen, braucht es die wirtschaftspolitische Betrachtung der gesamten iGW: Denn wenngleich sich die Produkte sowie Marktzugangs- und Erstattungsanforderungen von Medizintechnik, Biotechnologie, Arzneimittel und Health-IT zum Teil erheblich unterscheiden, sind für die Branche viele dieser strukturellen Herausforderungen – wie eine steigende Regulierungsdichte, komplizierte Forschungsfördersysteme, eine schleppende Digitalisierung, mangelnde Technologieoffenheit und fehlende Fachkräfte – eine Gemeinsamkeit.

Ebenso stellt eine zu langsame Translation von Innovationen in die medizinische Versorgung in Deutschland eine Limitation dar, die dazu führt, dass innovative Gesundheitslösungen bei den Patientinnen und Patienten in Deutschland verzögert ankommen. Auch gesamtwirtschaftliche Entwicklungen und geopolitische Spannungen mit Auswirkungen auf internationale Lieferketten hemmen das Wachstum der gesamten Branche. Der Digitalisierungsgrad des Gesundheitswesens sowie die Forschungs- und Entwicklungsintensität der iGW werden in den nächsten Jahren ausschlaggebend dafür sein, ob Deutschland und Europa den Anschluss an neue Technologien schaffen. Diese Schlussfolgerung zog zuletzt auch Mario Draghi in seinem Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit der EU und warnte andernfalls vor riskanten Rückkopplungseffekten auf die Produktivität und Innovationsfähigkeit der iGW. Bezogen auf die Regulatorik ist es daher – auch im Sinne eines freien Wettbewerbs – wichtig, dass EU-Vorgaben bei der Überführung in nationales Recht harmonisiert und synchronisiert werden, mit dem Ziel doppelte Berichtspflichten zu vermeiden. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund eines sich verschärfenden internationalen Standortwettbewerbs von Bedeutung: Die Studie „Wachstumspotenziale für die industrielle Gesundheitswirtschaft“, die der BDI 2023 gemeinsam mit IGES und WifOR herausgegeben hat, zeigt auf, dass andere Länder umfangreiche Maßnahmen zur Stärkung der iGW – auch mit Blick auf eine künftige resilientere Gesundheitsversorgung – ergriffen haben.

¹ Studie „Wachstumspotenziale der industriellen Gesundheitswirtschaft“ (IGES, WifOR)

² Transformationspfade für das Industrieland Deutschland: Politische Schlussfolgerungen des BDI

Die Bundesregierung hat die strategische Bedeutung der iGW als Schlüsselsektor und Leitindustrie erkannt und erste Schritte zur Stärkung des Sektors eingeleitet, u. a. durch engere Verzahnung von gesundheits- und industriepolitischen Instrumenten. Um die iGW weiter als hochinnovative Hightech-Industrie am Standort auszubauen, braucht es die strategische Stärkung der iGW als Gesamtbranche, flankiert durch sektorspezifische Maßnahmen für Medizintechnik, Biotechnologie, Arzneimittel und Health-IT. Dabei müssen die Erfolgsfaktoren der iGW als Fundament gestärkt, Digitalisierung ausgebaut, Innovation gefördert und Bürokratie abgebaut werden. An dieser Struktur orientieren sich die nachfolgenden Handlungsempfehlungen.

Innovation als Wachstumstreiberin für die iGW

Die iGW zählt zu den Zukunftsbranchen der globalen Ökonomie. Sie trägt durch ihre Innovationskraft nicht nur zu Wachstum und damit zu gesellschaftlichem Wohlstand bei, sondern steht auch in Verantwortung für die Qualität und den Zugang zur Gesundheitsversorgung. Um als Hightech-Industrie am Standort Deutschland agieren zu können, hängt die iGW in hohem Maße von ihrer Innovationsleistung ab, da ihr Erfolg und Wachstum wesentlich auf der kontinuierlichen Einführung neuer Konzepte und Technologien aufbaut. Der (internationale) Innovationswettbewerb um die besten Ideen und Anwendungen ist der Antrieb der iGW. Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) sind notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit der Gesundheitsindustrie und den damit verbundenen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung zu sichern.

Investitionen in Forschung und Entwicklung in der iGW strategisch anreizen

Um Investitionen des Privatsektors anzuziehen, brauchen Unternehmen ihrerseits verlässliche und stabile Rahmenbedingungen, die am Ende der Investitionen und Aufwendungen einen Return on Invest sichern. Hier schaffen andere Länder wie Spanien oder Frankreich gezielte Anreize für iGW-Investitionen und Standortentscheidungen. Die Anzahl von klinischen Studien ist dabei ein wichtiger Indikator für Arbeitsplätze, Forschungsinvestitionen und -ausgaben und industrielle Wertschöpfung. Hier ist Deutschland im Ranking der Studienstandorte abgerutscht. Bei der Studienteilnahme im Verhältnis zur Einwohnerzahl verliert Deutschland sogar noch weiter an Boden³.

- **Entwicklung und Umsetzung einer iGW-Strategie:** Um den Wirtschafts- und Innovationsstandort in Deutschland und Europa zu stärken braucht es eine Strategie der Bundesregierung, die alle Sektoren der iGW umfasst. Mit der Pharmastrategie und dem Medizinforschungsgesetz hat die Bundesregierung bereits ein wichtiges politisches Signal gesetzt und gezielt Maßnahmen auf den Weg gebracht, die die Rahmenbedingungen für die Entwicklung, Zulassung und Herstellung insbesondere von Arzneimitteln, aber auch im Bereich der Medizintechnik verbessern sollen – allerdings ist und darf das nur ein erster Schritt sein. Daher ist es wichtig, nun parallel zur konsequenten Umsetzung der Pharmastrategie auch eine Strategie für alle Sektoren der iGW zu entwickeln und die iGW mit ihren Innovationen am Standort Deutschland zu stärken.
- **Bedeutung der iGW als Zukunftsindustrie anerkennen und entsprechend fördern:** Angesichts knapper staatlicher Ressourcen für FuE-Finanzierung ist es umso wichtiger, diese auf anerkannte innovations- und transformationsrelevante Themen zu konzentrieren. Die iGW sollte auch in Deutschland in diesem Kontext als Schlüssel- und Zukunftsindustrie für den Standort anerkannt und in entsprechenden Programmen als solche verankert werden – wie es andere Länder spätestens seit der COVID-19-Pandemie tun.

³ Studie „Pharma-Innovationsstandort Deutschland“ (vfa, Kearny)

- **Unterstützung von IPCEI-Health:** Die Abhängigkeit Europas von internationalen Lieferketten, besonders in Krisenzeiten, birgt erhebliche Risiken. Als größte Volkswirtschaft und den mit Abstand größten Standort für iGW in Europa hat Deutschland bereits aktiv zur Gestaltung eines IPCEI-Health beigetragen, sich jedoch nicht für eine Teilnahme entschieden, was eine verheerende innovationspolitische Signalwirkung hatte. Um Deutschland und Europa unabhängiger von außer-europäischen Herstellern zu machen, sollten Gesundheitsinnovationen im gemeinsamen europäischen Interesse vorangetrieben und Projekte im Rahmen von IPCEI („Important Project of Common European Interest“) unterstützt werden.

Forschungskooperationen fördern und dadurch Translation beschleunigen

Deutschland sollte sich auf seine Stärken besinnen: Der Standort bietet exzellente Cluster für die Grundlagenforschung. Insbesondere im Bereich der medizinischen Forschung stellt die gute Aufstellung der Universitätsklinika sowie der außeruniversitären medizinischen Forschungseinrichtungen einen Standortvorteil dar, der Investitionen – auch internationaler Konzerne – anreizt. Diese Stärken lassen sich durch eine bessere Vernetzung der Akteure aller Bereiche des Gesundheitssektors fördern, um interdisziplinäre Forschungskooperationen auszubauen und den Technologietransfer sowie die standortgebundene Wertschöpfung zu stärken.

- **Interdisziplinäre Kooperationen vereinfachen:** Kooperationsformen zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Industrie und öffentlicher Hand sollten im Rahmen von Partnerschaften von öffentlichen Gesundheitseinrichtungen und der iGW vereinfacht werden, z. B. indem klare rechtliche Rahmenbedingungen, zentrale Anlaufstellen und Netzwerke sowie finanzielle Anreize geschaffen werden. Damit solche Partnerschaften mehr Handlungsfreiheiten im Sinne einer beschleunigten Translation erhalten, sollten Fördermaßnahmen explizit auf die Etablierung entsprechender Partnerschaftsstrukturen abzielen, deren Gründung fördern und auf europäischer Ebene eine Anpassung des EU-Wettbewerbsrechts anstrebt werden.
- **Translation in die Industrie fördern:** Innovationen und Erkenntnisse aus der Grundlagenforschung müssen effektiver kommerzialisiert und in die klinische Anwendung gebracht werden, beispielsweise durch die Stärkung von Technologie-Transfer-Programmen, Förderung von Partnerschaften von Gesundheitseinrichtungen und iGW-Unternehmen und frühe Einbindung klinischer Partner. Dazu braucht es bessere Rahmenbedingungen zur frühen Erkennung und Umsetzung des innovativen Potenzials von wissenschaftlichen Ergebnissen. Dabei sind die personelle und finanzielle Stärkung der Cluster-Arbeit und eine stärkere Förderung und Ausbau von Kompetenzzentren für die medizinische Translation nach internationalen und nationalen Best-Practice Beispielen wie dem Berlin Institute for Health an der Charité notwendig. Es braucht eine holistische Betrachtung und lückenlose Begleitung der gesamten Wertschöpfungskette von Innovationen: von der Idee über die Entwicklung bis hin zur Zulassung und Aufnahme in den Markt.
- **Austausch zwischen Wissenschaft und Industrie fördern:** Vereinfachte Regelungen, die eine Jobrotation zwischen Industrie und Universitäten ermöglichen, könnten das gegenseitige Verständnis und damit Kooperationen fördern (Beispielsweise nach dem Vorbild der Fraunhofer-Gesellschaft, die bereits ein Modell etabliert hat, in dem Mitarbeitende aus der Industrie in Fraunhofer-Instituten anwendungsorientierte Forschung betreiben, während Forschende der Fraunhofer-Gesellschaft temporär in der Industrie tätig sein können).

Attraktiver Standort für Life Science-Start-ups und Scale-ups werden

Start-ups erweisen sich mit ihren Ideen und Produkten als Motor der Innovationsdynamik, die in entwickelten Volkswirtschaften neue Wertschöpfungsprozesse in Gang setzen. Life Science-Start-ups richten ihren Fokus häufig auf Gesundheitsförderung und Früherkennung sowie ganzheitliche Lösungsansätze, anstatt Krankheiten nur von ihren Symptomen her zu denken und zu behandeln.

Das stellt einen wahren Systemwandel in der Gesundheitsversorgung dar. Doch auch wenn die Anzahl an Gründungen von Life Science-Start-ups in den letzten Jahren gestiegen ist: Von der Leistungsfähigkeit internationaler Top-Standorte wie den USA oder Israel ist Deutschland weit entfernt. Denn anders als in anglo-amerikanischen Ländern fehlt in Europa weitgehend das finanzielle Ökosystem der Innovationsfinanzierung durch privates Risiko- und Wachstumskapital beziehungsweise Venture Capital. Hinsichtlich Wagniskapitals tut sich vor allem der Gesundheitssektor aufgrund der langen Prozesse bis zur Vermarktung weiterhin schwer. Im direkten Vergleich mit den USA wird der Rückstand besonders deutlich: Während in Deutschland von 2017 bis 2021 sechs Mrd. US-Dollar in Health-Start-ups investiert wurden, waren es in den USA 213 Mrd. US-Dollar.

- **Zugang zu Risiko- und Wachstumskapital verbessern:** Der Kapitalzugang für innovative Start-ups und Scale-ups mit Produktentwicklungen für den Gesundheitssektor sollte gezielt verbessert werden, um die Finanzierungslücke zwischen Europa und anderen Regionen zu schließen; dabei müssen regulatorische Anforderungen bei den längeren Marktzugangsprozessen, Zulassungsverfahren und klinischen Studien berücksichtigt werden. Wachstumskapital aus Pensionsfonds, Versicherungen, Stiftungen und Family Offices sollten eine wichtigere Rolle in der gesamten Finanzierung von Gründungen spielen. Auch öffentlich-rechtliche institutionelle Anleger und Pensionskassen sollten bis zu zehn Prozent in Risikokapital anlegen können und Hürden beim Einstieg reduziert werden.
- **Zugang zu Fördermitteln für Start-ups vereinfachen:** Fördermöglichkeiten für Start-ups sollten einfacher zugänglich und übersichtlicher dargestellt werden sowie möglichst nahtlos aufeinander aufbauen; Förderprozesse sollten einheitlich gestaltet sowie bestehende Programme in eine zentrale Anlaufstelle oder Plattform überführt werden. Eine bundesweite Förderung von Beratungsleistungen für Start-ups durch das BMWK könnte zur Verbesserung beitragen.
- **Fördermittel für Schlüsseltechnologien reservieren:** Reservierung eines Teils der EXIST-, ZIM- und IGF-Förderung speziell für den Bereich Schlüsseltechnologien für die nationale Souveränität in der iGW mit dem Ziel, Grundinformationen über Schlüsseltechnologien wie KI und anderen übergreifenden Schlüsseltechnologien und mögliche Einsatzgebiete zu verbreiten und den Aufbau von Partnernetzwerken für Schlüsseltechnologien zu fördern, damit Unternehmen beim Start von Entwicklungsarbeiten auf diese Expertise zugreifen können.

Ausgewogenen IP-Schutz als Investitionsanreiz begreifen

Umfangreiche Investitionen in Zukunftstechnologien setzen einen ausgewogenen europäischen Schutz des geistigen Eigentums voraus. Im Bereich der Arzneimittel ist es wichtig, einen fairen Ausgleich zu schaffen, der sowohl die Interessen der forschenden Arzneimittelindustrie als auch der generischen Industrie berücksichtigt. Ein ausgewogenes System fördert Innovation, ermöglicht den Zugang zu erschwinglichen Medikamenten und unterstützt den Wissens- und Innovationszuwachs der Allgemeinheit⁴. Patente sichern Qualität und schaffen einen wirtschaftlichen Wert, der gerade für Start-ups und kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) von existentieller Bedeutung ist.

- **IP-Schutz bei Digitalisierungsvorhaben mitdenken:** In der Umsetzung des EHDS müssen angemessene Schutzfristen für die Veröffentlichung von im Rahmen der Produktentwicklung erhobenen Daten vorgesehen werden. Das geistige Eigentum sollten umfassend geschützt werden, um Anreize für künftige Investitionen und Forschungsaktivitäten zu bieten. Dabei darf auch die Entwicklung von Metadatenkatalogen für den EHDS oder das GDNG den IP-Schutz nicht einschränken.

⁴ BDI-Position: Eckpunkte einer IP-Strategie für Deutschland

- **IP-Schutz im internationalen Pandemie-Abkommen wahren:** Auch im Pandemie-Abkommen muss der IP-Schutz unangetastet bleiben, um zukünftige Investitionen sicherzustellen und Forschungsaktivität zu belohnen. Freiwillige Mechanismen zur Weitergabe geistigen Eigentums und der Ermöglichung von Technologietransfers zeigen bereits Wirkung und haben einen nachhaltigen Effekt, wie zum Beispiel der gemeinsame Aufbau von lokaler Impfstoffproduktion im globalen Süden zeigt.

Finanzierung des Gesundheitssystems nachhaltig aufstellen

Für ein zukunftssicheres und belastbares Gesundheitswesen, in dem Patientinnen und Patienten von den Lösungen der iGW profitieren, müssen Innovationen im Gesundheitssystem schnell in die Versorgung gelangen. Dafür sollte die Finanzierung des Gesundheitssystems systemisch und der Innovationsbegriff differenzierter als bisher betrachtet werden. Innovationen sind ein Prozess und sollten künftig nicht nur nach ihrem medizinischen Zusatznutzen bewertet werden, sondern auch unter Berücksichtigung weiterer Kriterien, die sicherstellen, dass Innovationen sowohl individuell als auch systemweit positive Effekte haben und zur Steigerung der Effizienz, Qualität und Resilienz des Gesundheitssystems beitragen. Lokale Produktion in Deutschland und Europa geht einher mit entsprechenden Herstellungskosten, die teilweise über den Heimatmarkt refinanziert werden müssen. Darüber hinaus bedarf es einer größeren Wertschätzung für Wertschöpfung – von Forschung bis zur Herstellung – die maßgeblich für die Versorgungssicherheit ist.

- **Hebung von Effizienzreserven** zur nachhaltigen Finanzierungssicherung des Gesundheitssystems, z. B. durch eine bessere Nutzung digitaler Lösungen, der Incentivierung für die Weiterentwicklung bereits bekannter Therapien in neue Anwendungsgebiete, aber auch die Förderung ambulanter Angebote und entsprechender Möglichkeiten in der Erstattung.
- **Anreize für Prävention setzen:** Das Gesundheitssystem braucht einen stärkeren Fokus auf Prävention, um Therapiekosten gering zu halten und Arbeitnehmende länger im Erwerbsleben zu halten. Dies sollte auch strategische Programme zur Förderung der Innovation in kritischen Gesundheitsfragen beinhalten und Impfprävention und Screening einschließen – insbesondere im Kampf gegen Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, neurodegenerative Erkrankungen, Allergieerkrankungen sowie Infektionskrankheiten. Gleichzeitig braucht es Voraussetzungen, um therapeutische Innovationen mit kurativer Intention sowie patientenindividuelle Therapien angemessen zu bewerten.
- **Umstellung auf moderne Technologie fördern:** Anreize für den Einsatz von effizienter moderner Technik, zum Beispiel durch Honorierung von Qualität in den Ergebnissen, die beispielsweise beim Einsatz von assistierender KI erreicht werden kann. Verstärkte Nutzung von erfolgsabhängigen Erstattungsmodellen im Rahmen der zentralen Preisverhandlung, um neuartige Therapien so schnell wie möglich zugänglich zu machen.
- **Investitionen im Krankenhaus sicherstellen:** Die Länder kommen ihren Finanzierungspflichten in den Krankenhäusern seit vielen Jahren nicht ausreichend nach. Die Mittel für Investitionen kommen daher häufig aus der Vergütung für die Gesundheitsversorgung. Die Länder müssen diese Aufgabe wieder verlässlich übernehmen und eine zukunftsfähige Krankenhauslandschaft sicherstellen; darüber hinaus sollten Fehlanreize in der Krankenhausvergütung, im Sinne einer zukunftsfähigen Krankenhauslandschaft abgebaut und Investitionen in moderne Technologien ermöglicht werden.

Digitalisierung und KI als Hebel für Effizienz und Wachstum

Die iGW befindet sich in einem grundlegenden technologischen und strukturellen Umbruch. Der Einsatz von digitalen Technologien und Künstlicher Intelligenz (KI) im Gesundheitswesen haben das Potenzial, die medizinische Versorgung erheblich zu verbessern und Prozesse effizienter und nachhaltiger zu gestalten. Digitale Technologien und KI tragen nicht nur zum Patientenwohl bei, sondern auch zur Bewältigung des Fachkräftemangels und den Folgen des demografischen Wandels im Gesundheitswesen.

Deutschland hat im internationalen Vergleich massiven Aufholbedarf, wenn es um den Digitalisierungsgrad und den Zugang zu Gesundheitsdaten geht. Es mangelt sowohl an der einfachen und interoperablen Datennutzung für die Versorgung als auch an der Verfügbarkeit von qualitativ hochwertigen Datensätzen für die Forschung sowie den Möglichkeiten, diese unkompliziert und datenschutzkonform auszutauschen. Die mit dem Gesundheitsdatennutzungsgesetz (GDNG) etablierten Regelungen sind ein erster guter Schritt, greifen jedoch gerade bei Forschungsthemen nicht weit genug. In einem Ländervergleich der Gesundheitssysteme der OECD unter 22 Staaten landet Deutschland auf dem drittletzten Platz, wenn es darum geht, Zugang zu Gesundheitsdaten zu haben und diese miteinander zu verknüpfen⁵. Für die Erforschung und Weiterentwicklung von Präzisionsmedizin, innovativer Medizintechnik und Diagnostika sowie Arzneimittel ist der Einsatz medizinischer Daten allerdings unerlässlich und der Schlüssel zu medizinischem Fortschritt.

Qualitativ hochwertige Gesundheitsdatensätze für Forschung und Entwicklung anstreben

Mit dem European Health Data Space (EHDS) und dem Gesundheitsdatennutzungsgesetz (GDNG) wurde der Industrie erstmals der Zugang zu Gesundheitsdaten aus der Versorgung für Forschungszwecke gewährt. Der Datenbestand und die Qualität der Daten, die nach diesen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Verfügung stehen, sind jedoch nicht ausreichend.

- **Datenbestand für die Forschung erweitern:** Über die Datenzugangs- und Koordinierungsstelle müssen zügig weitere geeignete Datenquellen angebunden werden. Für die Zukunft der Real-World-Evidence-Studien und die Positionierung Deutschlands als Forschungsstandort ist eine Erweiterung auf Primärstudien wie klinische Studien und prospektive Beobachtungsstudien essenziell. Die Datenzugangs- und Koordinierungsstelle sollte diese Erweiterung zeitnah ermöglichen und mit den relevanten Stakeholdern ausgestalten. Idealerweise sollen Dateneinträge in strukturierte Datenbanken erfolgen, Datenqualitätsaspekte wie Verknüpfbarkeit, aber auch bessere Auffindbarkeit sowie einheitliche Anträge müssen bei der Erweiterung mitgedacht werden.
- **Datenqualität steigern:** Die elektronische Patientenakte (ePA) braucht strukturierte und qualitativ hochwertige Daten und sollte zügig zu einer Plattform mit aussagekräftigen Daten über den Gesundheitszustand weiterentwickelt werden. Dazu gehören u. a. maschinenlesbare Daten aus der Bildgebung, der Labordiagnostik oder Ergebnisse individueller Therapien sowie die Daten sämtlicher Leistungserbringer. Die Echtzeitdatennutzung sollte als Ziel angestrebt und Grundlagen für longitudinale Datennutzung geschaffen werden, z. B. im Rahmen eines Datencockpits in der ePA, mit der Patientinnen und Patienten auf eine einfache Art und Weise die Möglichkeit bekommen, dieser longitudinalen Datenverwendung zuzustimmen.
- **Datenzugang effizient gestalten:** Angesichts der zu erwartenden Antragsflut beim Forschungsdatenzentrum (FDZ) sind Priorisierungsregeln unerlässlich, die alle Akteure berücksichtigt.

⁵ Health at a Glance 2023: OECD Indicators

Besonders für Nutzenbewertungen und Erstattungsbetragsverhandlungen, die externen Fristen gemäß AMNOG unterliegen, ist eine Synchronisation der Bearbeitungszeiten unabdingbar.

Ein inklusives Datenökosystem aufbauen und gestalten

Der EHDS und das GDNG müssen die Basis für einen echten Implementierungsdialog darstellen, der das Ziel hat, ein interoperables Gesundheitsdatenökosystem zu schaffen und die Defragmentierung der Systemlandschaft zu erreichen. In einem solchen Ökosystem liegt großes Potenzial für FuE sowie für die allgemeine Gesundheitsversorgung.

- **Alle Datenhalter mitdenken:** *In einem funktionierenden Gesundheitsdatenökosystem spielt die iGW mit ihren qualitativ hochwertigen Daten eine wichtige Rolle. Sie sollte bei der Festlegung von verbindlichen Standards zur Förderung der Interoperabilität deswegen unbedingt an den Diskussionen beteiligt werden. Neben Routine- und Abrechnungsdaten aus der Versorgung, die in Zukunft im Forschungsdatenzentrum liegen, sollten alle in unterschiedlichen Einrichtungen der Gesundheitsversorgung liegenden forschungsrelevanten Datensätze nutzbar gemacht werden.*
- **Klares Rahmenwerk und abgestimmte Gesundheitsdatenstrategie:** *Die Aggregation und der Austausch von Gesundheitsdaten auf europäischer Ebene sollten im Rahmen einer von öffentlichen und privaten Stakeholdern gemeinsam abgestimmten Zielarchitektur und Datenstruktur erfolgen, die hohe Anforderungen hinsichtlich Datenqualität und -sicherheit erfüllen. Erhobene Daten sollten dezentral gespeichert und pseudonymisiert werden, um den Datenhaltern zu ermöglichen, die Verwendung der Daten gemäß den erteilten Zustimmungen zu steuern. Technologien und Software, die dabei zum Einsatz kommen, sollten „Open-Source“-Lösungen sein. Dadurch kann eine Datenmonopolisierung verhindert und der Austausch von Gesundheitsdaten gefördert werden. Den Haltern von Gesundheitsdaten sollte immer Datensouveränität eingeräumt werden. Dies gibt ihnen die Möglichkeit, unter Berücksichtigung der Einwilligung der Patientinnen und Patienten zu entscheiden, wer welche Daten über welchen Zeitraum erhält.*

Digitale Transformation in der Gesundheitsversorgung incentivieren

Die erfolgreiche digitale Transformation im Gesundheitswesen ist nicht nur eine Frage von Technologie und Gesetzgebung, sondern – durch diese unterstützt – eine kulturelle und vor allem eine Frage des Vertrauens. Bürgerinnen und Bürger müssen durch den Erwerb digitaler Kompetenzen (z. B. in der Aus- und Weiterbildung in allen Bildungsbereichen) und durch sichtbaren Nutzen, den die Digitalisierung stiften kann, unterstützt werden, Vertrauen zu fassen. Gleichermaßen sollte das Thema „Digital Literacy“ in der Ausbildung des medizinischen Fachpersonals eine größere Rolle spielen, um die Potenziale digitaler Tools und Anwendungen nutzen und erklären zu können.

- **Digitale Versorgungsmöglichkeiten ausbauen:** *Um die Ambulantisierung in Deutschland voranzutreiben, müssen Behandlungsketten von den Patientinnen und Patienten aus innovativ gedacht und neu sortiert werden – und dies sollte sich auch in der Vergütung widerspiegeln. Dabei müssen digitale Versorgungsmöglichkeiten immer vorgelagert und bei der künftigen Krankenhausplanung mitgedacht werden. Um eine sektorenübergreifende Versorgung ohne Reibungsverlust zu ermöglichen, ist es wichtig, dass ein systemübergreifender Datenaustausch möglich ist. Neben Kodierrichtlinien für den stationären Bereich ist es wichtig, auch für den ambulanten Bereich Richtlinien zu entwickeln, damit Daten übergreifend vernetzt werden können.*
- **Telemedizin ausbauen und honorieren:** *Das Monitoring von Daten und die daraus resultierende langfristige Begleitung von Patientinnen und Patienten brauchen eine neue Form der Finanzierung, die technische Ausstattung finanziert und telemedizinische Betreuung ohne nicht notwendige Arzt-Patienten-Kontakte honoriert. Aktuell ist der Trend, telemedizinische Angebote zu nutzen, rückläufig; die Anzahl der Videosprechstunden ist nach dem bisherigen Höchstwert im Jahr 2021*

um 40 Prozent gesunken⁶, obwohl diese das große Potenzial haben, die Interaktion zwischen dem ambulanten und stationären Sektor zu verbessern und beispielsweise die Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu erleichtern.

- **Digitale Kompetenz in der medizinischen Ausbildung verankern:** Bildungspolitik, Sozialpartner und Vereinigungen der Heilberufe sind auch weiterhin gefordert, bedarfsgerechte Berufsbilder zu schaffen und gegebenenfalls bestehende Ausbildungsmodelle zu überdenken. Bund und Länder sollten sich zur Anpassung von Ausbildungsinhalten und der schnellen Umsetzung in Lehrplänen abstimmen. Ein berufsübergreifendes und bundesweit benötigtes Wissen kann nicht in verteilten Zuständigkeiten und föderalen Strukturen vermittelt werden, ohne entsprechende Orientierung zu schaffen.
- **KI-basierte Technologien in Versorgung integrieren:** KI-basierte Technologien verfügen über das Potenzial, die Effizienz und Effektivität eines Behandlungsprozesses signifikant zu steigern. Insbesondere im Rahmen der KI-basierten Diagnostik sind Anwendungen bereits ausgereift. Doch fehlt es bislang an definierten Standards und Marktmodellen, um eine flächendeckende Adaption der disruptiven Technologien zur Verbesserung der Patientenergebnisse zu ermöglichen.

Bürokratie abbauen und Regulierungsdichte zurückfahren

Langwierige bürokratische Prozesse bremsen Innovationsprozesse der iGW in Deutschland aus und führen zunehmend dazu, dass Unternehmen ihre Aktivitäten an andere Standorte verlagern sowie für die Versorgung notwendige Produkte vom Markt nehmen. Dies fängt an bei klinischen Studien, zieht sich über Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Produktionsstätten, über Marktzugang und Erstattung hin zu aufwendigen Rahmenbedingungen für Herstellung und Produktion. Regulatorik allein ist jedoch kein wirksames Mittel, um Unternehmens-Compliance zu erreichen. Sofern versucht wird, dieses Ziel mit zunehmender Regulierungsdichte zu erreichen, führt dies auf Seite der Unternehmen häufig zu Rechtsunsicherheit und einem erheblichen unproduktiven Aufwand.

Heterogenität datenschutzrechtlicher- und Ethikkommissions-Anforderungen reduzieren

Insbesondere die heterogene Auslegung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) stellt eine enorme bürokratische Hürde bei bundeslandübergreifenden Forschungsvorhaben dar. Die landesrechtliche Heterogenität betrifft neben der Frage der Anonymisierung auch die Frage, welche Rechtsgrundlagen ausreichend sind, um medizinische Daten mit Forschungspartnern zu teilen und sie zu diesem Zweck an externe Auftragsverarbeiter zu transferieren. Forschungsklauseln in den Landeskrankenhausgesetzen schaffen hier sehr unterschiedliche Voraussetzungen. Das erschwert die Erhebung und Analyse von Daten aus dem medizinischen Versorgungsalltag und verhindert eine bessere Positionierung des Gesundheitsstandortes Deutschland im internationalen Vergleich.

- **Harmonisierte Auslegung der DSGVO:** Diese sollte auf nationaler und europäischer Ebene angestrebt werden, um eine klare und einheitliche Datenhandhabung zu ermöglichen. In Deutschland zählt die Harmonisierung der Landesgesetze – insbesondere der Landeskrankenhausgesetze – ebenso wie eine bundesweit einheitliche Auslegung der DSGVO dazu. Zusätzlich bedarf es praktikabler Vorgaben zur rechtssicheren Anonymisierung personenbezogener Daten. Langfristig wäre eine Überführung von Aufsichtskompetenzen rund um das Thema Gesundheitsdatenschutz weg von den Ländern, hin zum Bund, überlegenswert.
- **Anforderungen vonseiten der Ethikkommissionen harmonisieren:** Auch die Anforderungen vonseiten der 52 Ethikkommissionen sollten harmonisiert werden; aktuell ist jeweils eine andere

⁶ Techniker Krankenkasse: Zahl der Videosprechstunden seit 2021 um 40 Prozent gesunken

Vorbereitung der Unterlagen notwendig. Hier ist eine konsequente Umsetzung der im Medizinforschungsgesetz beschlossenen Maßnahmen zur stärkeren Standardisierung sowie regelmäßige Erfolgskontrolle wichtig.

Zulassungs- und Produktionsprozesse beschleunigen

Um als zukunftsfähiger und nachhaltiger Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig zu bleiben, haben sich Deutschland und Europa ambitionierte Ziele für den Umbau ihrer industriellen Basis gesetzt. Die Unternehmen der iGW können dieser Aufgaben nur gerecht werden, wenn die Rahmenbedingungen für Produktion und nachhaltige Wertschöpfung am Standort Deutschland verbessert werden. Es ist von grundlegender Bedeutung für die Gesundheitsindustrie, dass sie ihre Innovationen schnell in die Produktion und – neben den Bestandsprodukten – in die Versorgung bekommen. Denn nur wo dies möglich ist, sind Anreize für Innovationen und lokale Fertigung gegeben. Damit ist die Geschwindigkeit des Prozesses der Translation von der Idee zum Produkt ein maßgeblicher Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Gesundheitsindustrie am Standort Deutschland; gleichzeitig bietet die Innovationsführerschaft in bestimmten Branchen die Chance, dort mitbestimmend für die Gestaltung der Regulierung zu sein. Hier ist es wichtig, die digitale und nachhaltige Transformation der iGW in allen Prozessen bestmöglich mitzudenken.

- **Harmonisierung der Berichtspflichten:** *Um die Anforderungen an neue Berichtspflichten (z. B. aus CSRD, CSDDD, CBAM und LkSG) effizient zu gestalten, sollten Berichtspflichten vereinfacht und harmonisiert werden. Dazu gehört die Einführung digitaler Berichtsformate, die Doppelberichterstattung vermeiden und den bürokratischen Aufwand für Unternehmen reduzieren. Eine qualifizierte personelle Aufstockung sowie die Schulung der Mitarbeitenden in der öffentlichen Verwaltung im Umgang mit den neuen Regelungen sind hierbei essenziell, um die effiziente Umsetzung der neuen Anforderungen zu unterstützen.*
- **Schnellere Prozesse bei der Genehmigung von Produktionsanlagen:** *Für die Genehmigung von Produktionsanlagen der iGW sind Spezialkenntnisse erforderlich, die lokale Behörden nicht immer vorhalten können. Hier könnte die Bündelung von Kompetenzen auf Landesebene oder sogar auf Bundesebene hilfreich sein, um Genehmigungsprozesse effizient, investitions- und innovationsfreundlich zu organisieren. Langfristig wäre eine innereuropäische Harmonisierung von Produktionsgenehmigungsverfahren anzustreben. Außerdem sollten Produktionsanlagen der iGW in die Novellierung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) einbezogen werden. Dabei sollten Öffentlichkeitsbeteiligung sowie Dokumentationspflichten für die iGW innovationsfreundlich ausgestaltet werden.*
- **Moderne und pragmatische Prozesse im Rahmen der G-BA-Verhandlungen:** *Virtuelle Angebote des G-BA (z. B. für Beratungen) sollen beibehalten werden. Das reduziert Reisekosten und erleichtert die Teilnahme von Fachgesellschaften. Um Unsicherheiten bei der Erstellung von Dossiers zu vermeiden, sollte der G-BA regelmäßige offene Fragestunden einführen (z. B. einmal im Monat). Dadurch würde der Aufwand beim Stellen von Anfragen deutlich reduziert.*

Starke iGW als Basis für eine resiliente und nachhaltige Versorgung

Die Gesundheitsindustrie hat gegenüber anderen Branchen ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal: Sie hat eine starke gemeinwohlorientierte Dimension. Investitionen in eine bessere Gesundheitsversorgung sind auch immer Investitionen in eine resilientere und stabilere Wirtschaft sowie mehr Wohlstand; damit stärkt die iGW die soziale Nachhaltigkeit wie keine andere Industriebranche. Dennoch sollte – wie auch in anderen Branchen – berücksichtigt werden, dass Resilienz und Nachhaltigkeit einander entgegenstehen können. So wäre eine Rückverlagerung von Produktionskapazitäten nicht nur sehr

teuer, sondern mit bestimmten ökologischen Nachhaltigkeitszielen schwer vereinbar. Vor dem Hintergrund sollten insbesondere Unternehmen, die bereits heute in Deutschland forschen und produzieren und damit zur vorhandenen technologischen Souveränität beitragen, gestärkt werden.

Versorgungsautonomie am Standort stärken

Der Forschungs- und Produktionsstandort hängt untrennbar mit der Verfügbarkeit von Arzneimitteln, biotechnologischen- und Medizinprodukten zusammen. Denn dort wo geforscht und produziert wird, ist auch der Markt. Damit hier ansässige Unternehmen für die notwendige Krisenresilienz (ohne Einschnitte bei der Regelversorgung schwerer Erkrankungen im Krisenfall) vorsorgen können, ist die Stärkung des iGW-Standes unumgänglich. Die Bundesregierung hat bereits erste Fortschritte erzielt, um kritische Abhängigkeiten zu reduzieren. Die Reduzierung kritischer Abhängigkeiten bleibt jedoch eine zentrale Aufgabe von Politik und Wirtschaft.

- **Punktueller Änderung im Rahmen der EU-Vergaberechtsrevision:** Um die Sicherheit und Diversifizierung von Lieferketten zu erhöhen, sollte im Rahmen der kommenden Revision des EU-Vergaberechts eine punktueller Modifizierung der Regelungen im Sinne einer strategischen Stärkung der iGW der EU angestrebt werden. Ausgehend von der Ankündigung von Kommissionspräsidentin von der Leyen, im EU-Vergaberecht künftig in bestimmten strategischen Bereichen Präferenzen für europäische Produkte vorzusehen, sollte darauf hingewirkt werden, dass die iGW der EU zu diesen strategischen Bereichen gehört. Zudem müssten nähere Einzelheiten einer Regelung zur Bevorzugung europäischer Unternehmen in strategischen Bereichen festgelegt werden, wobei die Regelung nichtdiskriminierend für Unternehmen aus der EU sowie für Unternehmen aus solchen Ländern wirken darf, die Marktöffnungsvereinbarungen mit der EU im Bereich der öffentlichen Beschaffung abgeschlossen haben. Geprüft werden könnte ferner, inwieweit in diesem Sektor auch eine Berücksichtigung von Mehrpartnermodellen (mindestens 3 Unternehmen, von denen mindestens eines seine Produktion in Europa haben muss) in Betracht kommen könnte.
- **Europäische Produktionskapazitäten ausbauen:** Die Verfügbarkeit von medizinischen Gütern ist überlebenswichtig. Hierfür bedarf es einer gezielten politischen Unterstützung von Unternehmen der iGW mit bestehenden oder neuen Produktionskapazitäten in Europa im Sinne der Diversifizierung von Lieferketten und der globalen Versorgungssicherheit, beispielsweise durch Produktionszuschüsse und Investitionsanreize. Ein Anreiz könnte zum Beispiel in Form von finanzieller Förderung (ähnlich der dt. FuE-Zulage) erfolgen und ebenfalls bei der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erfolgen, wobei der verringerte CO₂-Fußabdruck im Zusammenhang mit der Herstellung und Lieferung von Arzneimitteln, Wirkstoffen und biologischen Roh- und Ausgangsstoffen (z. B. virale Vektoren) auf EU-Ebene anzuerkennen ist.
- **Etablierung von Frühwarnsystemen:** Um die komplexen und global vernetzten Lieferketten von Gesundheitsprodukten effizient zu überwachen und Störungen frühzeitig zu erkennen, sollte es Ziel sein, nicht nur den letzten Schritt der Lieferkette zu sichern, sondern den gesamten Produktionsprozess von der Beschaffung der Vorprodukte bis hin zur Logistik. Das könnte beispielsweise durch den Einsatz von KI erfolgen, die komplexe Lieferketten analysiert und weiterentwickelt, um Engpässe zu verhindern.

Gesundheitsversorgung als Hebel für Nachhaltigkeit nutzen

Der Gesundheitssektor ist für 4,4 Prozent der globalen Nettoemissionen verantwortlich⁷, wobei Emissionen sowohl in der Produktions- und Lieferkette als auch in der Gesundheitsversorgung entstehen. Zusätzlich zu Nachhaltigkeitsinitiativen in den Unternehmen hat die iGW mit ihren innovativen

⁷ Studie „Health care climate footprint report“ 2019

Produkten und Lösungen einen wichtigen Hebel für die nachhaltige Transformation in der Gesundheitsversorgung. Hier leisten Investitionen in neue, fortschrittliche Technologien neben einer verbesserten Position im internationalen Wettbewerb auch einen wichtigen Beitrag hin zur grünen Transformation. Um als Industriestandort zukunftsfähig zu sein, müssen ökonomische und ökologische Ziele im Sinne der Agenda 2030 für globale nachhaltige Entwicklung zusammengedacht und umgesetzt werden. Das gesundheitsbezogene Nachhaltigkeitsziel SDG 3 (Sustainable Development Goal) zielt darauf ab, „ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters zu gewährleisten und ihr Wohlergehen zu fördern“. Klimabewusstes Handeln im Gesundheitssektor wird einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasen, dem Klima- und Umweltschutz und damit zum Schutz der Gesundheit von Menschen weltweit leisten.

- **Klimaschutz und Gesundheitsschutz zusammendenken:** Der Klimawandel ist laut Weltgesundheitsorganisation die größte Gesundheitsbedrohung für die Menschheit. Die klimatischen Veränderungen rufen immer mehr Extreme hervor, die belastend oder gar gefährlich für den Menschen sind: Hitzewellen, Hochwasser, zunehmende Allergien und Infektionskrankheiten durch veränderte Ökosysteme. Die medizinische Versorgung muss dem standhalten können; es sollte daher die Entwicklung von neuen Technologien und Produkten angereizt werden, die diese zunehmenden Herausforderungen adressieren.
- **Förderung von Investitionen in eine nachhaltige Krankenhauslandschaft:** Seit Jahren wird in diesen Bereich zu wenig investiert und in den nächsten Jahren sind ohnehin neue Strukturentscheidungen zu fällen und umzusetzen. Es braucht z. B. für Krankenhäuser und Arztpraxen Anreize, um die installierten Geräte zeitnah durch nachhaltigere Technologien, z. B. mit geringerem Energieverbrauch, ersetzen zu können. Die iGW ist mit einem steigenden Investitionsstau bei den Leistungserbringern konfrontiert. Hier kann die Politik durch geeignete Förderprogramme wie beispielsweise mit einem Krankenhaus-Klimaschutzfonds unterstützen. Eine steigende Nachfrage nach innovativen nachhaltigeren Technologien würde den Wettbewerb und damit die Innovationskraft unter den Herstellern ankurbeln und sich damit positiv für die Gesundheit der Patientinnen und Patienten und den Innovationsstandort Deutschland auswirken.
- **Nachhaltigkeit bei Regulierung mitdenken:** Auch wenn die Qualität und Sicherheit von medizinischen Produkten immer an erster Stelle steht, sollten Marktzugangsprozesse so gestaltet sein, dass neue und nachhaltigere Produkte schnell in den Markt kommen können. Ein pauschales Verbot von per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) für versorgungsrelevante Medizinprodukte und ihrer Herstellung führen zu relevanten Versorgungsengpässen. Stoffregulierungen müssen auch zukünftig differenziert und auf Basis eines risikobasierten Ansatzes – unter Einbeziehung der relevanten Stakeholder – erfolgen.
- **Chancen der zirkulären Wertschöpfung nutzen:** Die Gesundheitsindustrie kann durch eine ganzheitliche Circular Economy entlang verschiedener „R-Strategien“ (z. B. reuse, refurbish, recycle) zur Reduzierung von CO₂-Emissionen beitragen und damit auch wirtschaftlich neue Geschäftsmodelle schaffen. Zirkuläre Strategien wie „Design for Circularity“ setzen auf Langlebigkeit, Wiederverwendbarkeit, Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit. Produktdesign und verfügbare Technologien entscheiden darüber, ob Produkte und Materialien möglichst lange und ohne Qualitätsverlust im Kreislauf bleiben. Dabei gilt es, Zielkonflikte mit dem „Design for Performance“ im Sinne eines ganzheitlichen „Design for Sustainability“ zu lösen. Derzeit sind viele Medizinprodukte Einwegartikel. Die regulatorischen Auflagen sollten dahingehend vereinfacht werden, dass die Aufbereitung von Medizinprodukten einfacher möglich ist, wenn dies die Sicherheit der Produkte beziehungsweise deren Verwendung nicht einschränkt.

Europa als Standort für innovative Gesundheitstechnologien

Auch auf europäischer Ebene sollte sich die Bundesregierung im Europäischen Rat für eine EU-Life Science Strategie einsetzen. Denn nur so kann sie für die deutsche iGW gute Wettbewerbsbedingungen schaffen, die nicht hinter denjenigen in den USA und China zurückfallen. Zeitgleich können zentrale Fragen der Resilienz und Nachhaltigkeit nur gemeinsam europäisch angegangen werden. Das Wettbewerbsgefälle mahnt auch Mario Draghi in seinem Report zur EU-Wettbewerbsfähigkeit an. Ihm zufolge muss die EU eine gemeinschaftliche Anstrengung unternehmen und etwa fünf Prozent ihres Bruttoinlandproduktes in Innovationen und Infrastruktur investieren – etwa doppelt so viel wie nach dem Zweiten Weltkrieg.

Innovationsfähigkeit der iGW auch auf europäischer Ebene stärken

Die iGW spielt nicht nur eine zentrale Rolle für die Sicherstellung und Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung, sondern ist auch wichtiger Treiber für Wertschöpfung und Beschäftigung in Europa und erzielte im Jahr 2021 eine Bruttowertschöpfung von 329,2 Mrd. Euro. Dies entsprach über 22,5 Prozent der gesamten Wertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft und 2,5 Prozent der gesamten europäischen Wirtschaft. Zwischen 2014 und 2021 wuchs die iGW mit einer durchschnittlichen jährlichen Rate von 6,2 Prozent und zählte damit zu den dynamischsten Branchen in Europa. Ihr Wachstum lag damit über dem der gesamten Wirtschaft in der EU-27 (+ 3,0 % pro Jahr). Auch bei der Beschäftigungsentwicklung zeigte die iGW ein überdurchschnittliches Wachstum: Mit einer jährlichen Zunahme von 4,9 Prozent wuchs die Beschäftigtenzahl der iGW schneller als in der gesamten Gesundheitswirtschaft (3 % pro Jahr) und deutlich mehr als in der Gesamtwirtschaft (0,9 % pro Jahr). Im Jahr 2021 betrug die Zahl der Erwerbstätigen in der europäischen iGW 4,1 Millionen Personen.

Der gesamte ökonomische Fußabdruck (Summe aus direkten und Ausstrahleffekten) der iGW in Europa betrug im Jahr 2021 insgesamt 739 Mrd. Euro an Bruttowertschöpfung und 9,3 Millionen Beschäftigte. Jeder in der iGW erwirtschaftete Euro führte zu zusätzlichen 1,24 Euro Bruttowertschöpfung in der gesamten europäischen Wirtschaft. Darüber hinaus wurden für jede direkt in der iGW beschäftigte Person 1,27 zusätzliche Arbeitsplätze in anderen Bereichen der europäischen Wirtschaft geschaffen.

Sowohl den USA als auch China gelingt eine strategische Förderung der iGW. Ihr Vorteil liegt nicht nur in den teils größeren Bevölkerungszahlen und einheitlichen Binnenmärkten. Sie haben daneben starke Industriereformen und eine strategische Förderung der iGW auf den Weg gebracht, wie eine Studie⁸ der Wirtschaftsinstitute IGES und WifOR belegt. Diese zeigt, dass die USA, das Vereinigte Königreich und Japan ihre iGW gezielt fördern und innovationsfreundliche Reformen angestoßen haben. Auch China hat in den vergangenen 15 Jahren beispiellos in FuE, Fachkräfte und Bildung investiert und den Zugang zu Kapital für Investitionen erleichtert – durch öffentliche, aber vor allem auch durch eine Förderung von privatem Risikokapital und gezielt angeworbenen Auslandsinvestitionen.

- **Regelmäßige Wettbewerbschecks für EU-Gesetzesvorhaben:** Deutschland sollte darauf hinwirken, dass alle neuen Gesetzesvorhaben der EU zur Gesundheitswirtschaft einem regelmäßigen Wettbewerbscheck unterzogen werden. Dies stellt sicher, dass keine unnötigen regulatorischen Hürden entstehen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Branche einschränken.
- **Innovations-Ökosystem ausbauen:** Eine stärkere Verankerung der iGW in den europäischen Innovationssystemen ist zentral, um die Translation von Innovationen in marktreife Produkte zu beschleunigen. Deutschland sollte sich für den Ausbau eines europäischen

⁸ Studie "Wachstumspotenziale der industriellen Gesundheitswirtschaft" (IGES, WifOR)

Innovations-Ökosystems in der Gesundheitsindustrie einsetzen. Dies umfasst die Förderung und Vernetzung von EU-Exzellenzclustern, um im globalen Wettbewerb mit führenden Standorten wie Boston und San Francisco mithalten zu können und den Ausbau grenzüberschreitender Kooperationen. Die EU sollte dabei zu einem führenden Standort für die Entwicklung und Produktion neuer Technologien werden. Ein zentraler Bestandteil ist die Fachkräftesicherung durch gezielte Strategien für die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik), die durch europäische Initiativen wie den Pact for Skills und die Exzellenzförderungen der Marie-Curie-Programme unterstützt werden sollten.

- **Zugang zu Förderung und Risikokapital erweitern:** *Um die Innovationskraft der europäischen iGW auszubauen, sollte der Zugang zu Förderung und Risikokapital erleichtert werden. Dafür ist eine stärkere Vertiefung der Kapitalmarktunion notwendig, um Unternehmen einen besseren Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten. Die Förderung von innereuropäischem Risikokapital sollte gezielt ausgeweitet werden, um innovative Projekte schneller voranzubringen. Darüber hinaus sollten klare Anreize geschaffen werden, um ausländische Direktinvestitionen in die europäische Gesundheitswirtschaft zu fördern, um den globalen Wettbewerbsvorteil der EU langfristig zu sichern.*

Zentrale Handlungsfelder gemeinsam in einer starken EU angehen

Deutschland, als größte Volkswirtschaft Europas und einer der weltweit führenden Standorte für die Gesundheitswirtschaft, trägt eine besondere Verantwortung, die Weichen für die iGW als Zukunftsindustrie zu stellen. Die Gesundheitsindustrie ist nicht nur ein zentraler Wirtschaftssektor, sondern auch ein Schlüsselbereich, um die Resilienz europäischer Gesundheitssysteme zu stärken – auch vor dem Hintergrund einer höheren Krisenfestigkeit, die seit der COVID-19-Pandemie im gemeinsamen europäischen Interesse angestrebt wird.

Um die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Gesundheitswirtschaft zu sichern, sollte der Abbau von überbordender Bürokratie und die gezielte Förderung von FuE im Rahmen von europäischen Gesetzesvorhaben so gestaltet werden, dass sie mit anderen gesundheitswirtschaftsstarken Standorten weltweit mithalten kann. Ein intensiverer Austausch zwischen den Mitgliedstaaten zu den wirtschaftspolitischen Anliegen der iGW sollte genauso angestrebt werden, wie harmonisierte Standards und Rahmenbedingungen – insbesondere bei der Gesundheitsdatennutzung.

- **Europäische Harmonisierung der Standards und Rahmenbedingungen:** *Deutschland sollte sich für die Schaffung harmonisierter Standards und rechtlicher Rahmenbedingungen innerhalb der EU einsetzen. Dies gilt insbesondere für die Nutzung von Gesundheitsdaten, die für Forschung, Entwicklung und Innovation unverzichtbar sind. Einheitliche Regelungen schaffen mehr Effizienz und fördern den grenzüberschreitenden Austausch.*
- **Krisenfestigkeit und Resilienz der Gesundheitsindustrie stärken:** *Deutschland sollte sich auf europäischer Ebene für Maßnahmen einsetzen, die die Resilienz der europäischen Gesundheitswirtschaft gegenüber globalen Krisen erhöhen. Dies umfasst unter anderem die Stärkung der heimischen Produktion von Medizinprodukten und Arzneimitteln, um Abhängigkeiten von Drittstaaten zu reduzieren.*
- **Intensivierung des Austauschs zwischen den Mitgliedstaaten:** *Es sollte ein intensiverer Austausch der Mitgliedstaaten zu den wirtschaftspolitischen Anliegen der Gesundheitsindustrie angestrebt werden. Nur durch eine enge Zusammenarbeit können gemeinsame Lösungen entwickelt und die Fragmentierung des europäischen Gesundheitsmarktes überwunden werden.*

Fachkräftesicherung als zentrale Herausforderung im Gesundheitssystem

Der demografische Wandel gehört zu den drängendsten Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland und wirkt sich in doppelter Hinsicht aus: Zum einen ist der Mangel an Fachkräften in der iGW selbst zu betrachten. Ob für die iGW auch weiterhin gute Wachstums- und Beschäftigungsprognosen bestehen, wird maßgeblich davon abhängen, ob sich ausreichend viele qualifizierte Fachkräfte mobilisieren lassen und es daneben gelingt, die Gesunderhaltung der bestehenden Mitarbeiterschaft noch mehr in den Fokus zu nehmen. Während aktuell bereits 125.000 Fachkräfte in der iGW fehlen, könnte sich die Situation in den kommenden Jahren massiv verschärfen: Das Wirtschaftsinstitut WifOR rechnet damit, dass sich der Engpass bis zum Jahr 2030 auf bis zu 320.000 fehlende Fachkräfte ausweiten könnte⁹.

In der Gesundheitsversorgung sind wiederum u. a. bestimmte Facharztbereiche, bei denen es im Zuge der Verrentung der „Babyboomer“ zu Nachwuchsproblemen kommt, besonders vom Fachkräftemangel betroffen. Die iGW leistet hier einen Beitrag Fachkräfteeutlastung im Gesundheitswesen insgesamt. Die Einbindung von Automatisierungslösungen in den klinischen und pflegerischen Alltag tragen dazu bei, die Qualität und Effizienz im Gesundheitswesen zu steigern, indem sie beispielsweise den Zeitaufwand für repetitive Aufgaben, wie die Verwaltung von Medikamenten oder die Dokumentation von Patientendaten, reduzieren. Dadurch können sich Fachkräfte auf die qualitativ hochwertige Patientenversorgung konzentrieren und menschliche Fehler reduzieren, insbesondere bei der Medikation und Datenverarbeitung. Das erhöht nicht nur die Patientensicherheit, sondern verringert auch das Risiko von Komplikationen und senkt Kosten.

- **Fachkräftemangel als zentrale Herausforderung der iGW begreifen:** Es müssen gezielte Maßnahmen zur Sicherung der Fachkräftebasis ausgearbeitet und umgesetzt werden; beispielsweise sollte die Aus-, Weiter- und Fortbildung gestärkt und Möglichkeiten zum Quereinstieg geschaffen werden, Frühverrentungsanreize abgebaut und die Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen in allen Berufsbildern (z. B. MINT) durch Berufsorientierungsmaßnahmen sowie Förderung der Erwerbstätigkeit für Eltern durch Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt werden. Dazu zählen allen voran als essenzielle Maßnahmen eine gute und ausreichende Kita-Betreuung sowie die Vereinbarkeit des Arbeitsrechts mit der neuen Flexibilität der Arbeitswelt.
- **Gesundheitserhalt und -förderung der Beschäftigten durch arbeitsmedizinische Prävention unterstützen:** Ein weiterer Ansatz zur Bewältigung des Fachkräftemangels ist der Erhalt und die Förderung der Gesundheit der bestehenden Mitarbeiterschaft. Betriebsärzte können Beschäftigte dabei unterstützen, die individuelle Gesundheitskompetenz zu verbessern. Arbeitsmedizinische Vorsorge im Rahmen des gesetzlichen Arbeitsschutzes und freiwillige Impfangebote unterstützen dabei, die Gesundheit der Mitarbeitenden zu erhalten und können krankheitsbedingte Ausfälle reduzieren. Durch verbesserte technische Rahmenbedingungen wie den Ausbau digitaler Angebote in der Arbeitsmedizin und die schnelle Anbindung der Betriebsärzte an die ePA wird ein einfacher Zugang zu medizinischen Leistungen erreicht.
- **Flexiblere Zulassung geeigneter Fachkräfte für Benannte Stellen:** Personalmangel innerhalb der Benannten Stellen und anderer zur Prüfung regulatorischer und normativer Vorgaben berechtigter Institutionen verzögert, verhindert und verteuert die Inbetriebnahme oder die Inverkehrbringung von Anlagen und Produkten. Abhilfe schaffen kann eine flexiblere Zulassung geeigneter Fachkräfte, die aufgrund ihrer Erfahrung infrage kommen, nicht aber zwingend ein Studium oder ähnliche voraussetzende Qualifikationen vorweisen müssen.

⁹ Studie „Wachstumspotenziale der industriellen Gesundheitswirtschaft“ (IGES, WifOR)

- **Innovative Technik und Automatisierungslösungen nutzen:** Die Verlagerung von Aufgaben in automatisierte technische Lösungen oder robotische (Assistenz-)Systeme wird an relevanten Stellen durch Regularien und Erstattungsmechanismen ausgebremst. So könnte zum Beispiel das Monitoring von medizinischen Werten in deutlich mehr Fällen ohne Arzt-Patienten-Kontakt erfolgen, wenn nicht der persönliche Kontakt Voraussetzung für die Abrechnung der Leistung wäre. Die dafür notwendige technische Ausstattung sollte dazu finanziert werden; gleiches gilt für den Einsatz von Automatisierungslösungen in (Krankenhaus-)Apotheken und Pflegeeinrichtungen.
- **Nicht-ärztliche Gesundheitsberufe und digitale Transformation mitdenken:** Um mit dem Fachkräftemangel im Gesundheitswesen umgehen zu können, ist es wesentlich, dass Aufgaben zwischen den Gesundheitsberufen und nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen verlagert werden und diese in ihren Kompetenzen gestärkt werden. Hier sollten Berufsbilder mitgedacht werden, die zur Umsetzung der Digitalisierung notwendig sind.

Strategische Partnerschaften in der globalen Gesundheit

Die genannten Maßnahmen tragen dazu bei, dass Deutschland sich als starker Akteur in der globalen Gesundheitsarchitektur einbringen und zur Gesundheitssystemstärkung in anderen Ländern beitragen kann. Insbesondere wenn es um Krisenfestigkeit geht, sind ausreichend industrielle Kapazitäten notwendig.

Globale Kooperationen und Partnerschaften stärken

Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren zu einem einzigartigen Ökosystem für Globale Gesundheit entwickelt, bestehend aus akademischen und wissenschaftlichen Einrichtungen, medizinischen Institutionen sowie privaten, zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren. Als weltweit drittgrößter Geber im Gesundheitsbereich leistet Deutschland bereits einen wichtigen Beitrag. Neben der Finanzierung globaler Initiativen unterstützt Deutschland Partnerländer durch gezielte Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheitssysteme und Verbesserung der Rahmenbedingungen. Während diese Initiativen wichtige Rahmenbedingungen schaffen, bedarf es zusätzlich der Innovation und Skalierbarkeit des Privatsektors, um eine bessere Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Ohne die Diagnostik, Medikamente und Therapielösungen sowie die damit verbundenen Investitionen des Privatsektors bleiben die systemstärkenden Maßnahmen hinter ihrem Wirkungspotenzial zurück.

Um die Potenziale der deutschen iGW auszuschöpfen und neben dem multilateralen Engagement Deutschlands eine stärkere binationale Ausrichtung zu erreichen, müssen Maßnahmen der Politik mit den Aktivitäten der Wirtschaft besser verzahnt und gebündelt werden, um eine größere Wirkung zu erzielen. So kann ein Ökosystem geschaffen werden, in welchem sich Unternehmen eigenständig einbringen.

- **Gesundheit in der Entwicklungszusammenarbeit verankern und Dialog in multilateralen Foren stärken:** Gesundheit sowie die strategische Bekämpfung nicht-übertragbarer Krankheiten wie Krebs- oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen als auch von Infektionskrankheiten als Fokus-Themen in den Projekten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) verankern, um die EZ im Bereich Globaler Gesundheit mit den außenwirtschafts- und sicherheitspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung operativ besser zu verzahnen. Darüber hinaus sollte sich die Bundesregierung in internationalen Foren wie den G7, G20, der WTO und der WHO stärker für gezielte Förderung der Gesundheitsindustrie und für eine Stärkung der Gesundheitssysteme weltweit einsetzen.

- **Strategische Partnerschaften aufbauen:** Aufbau strategischer Gesundheitspartnerschaften mit ausgewählten Partnerländern und Aufbau einer nachhaltigen Finanzierung der Gesundheitsversorgung vor Ort als Instrument der deutschen Außen-, Außenwirtschaft- und Entwicklungspolitik, um die deutsche Expertise in der Gesundheitssystemstärkung mit den Investitionen und dem Know-how der deutschen Wirtschaft zu verzahnen. Und als Teil der Europäischen Sicherheitsstrategie sind strategische Partnerschaften mit Drittländern ebenfalls entscheidend, um Wachstum, Wohlstand, aber auch die Resilienz der EU sicherzustellen.
- **Finanzierung für EZ-Business Scouts fortführen:** Die Einsätze der EZ-Business Scouts haben in den vergangenen Jahren zu einer intensiven und erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen BMZ und Verbänden im Gesundheitsbereich beigetragen. Die gekürzten Mittel sollten wieder aufgestockt und die Einsätze fortgeführt werden.
- **Zusammenarbeit mit iGW für Pandemie-Abkommen zentral:** Die Pandemiebereitschaftsverträge sind ein Schritt zur längerfristigen Versorgungssicherheit – gerade in Krisenfällen; eine starke Zentralisierung der Planung und Finanzierung von pandemiebezogener FuE und Produktion inklusive rigider Konditionalitäten durch den öffentlichen Sektor und die WHO sollte überdacht werden. Bei dem Abkommen sollten nicht nur Datenaustausch und die Entwicklung und die Verteilung von Impfstoffen berücksichtigt werden, sondern auch Teststrategien, Befähigung der Gesundheitsdienstleister für alle Patientinnen und Patienten das System aufrechtzuerhalten, sowie die Resilienz der Lieferketten.

Exportstärke der iGW gezielt fördern

Die weltweite Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen der iGW wird aufgrund des medizinisch-technischen Fortschritts aber auch aufgrund der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren weiter steigen. Dieser Trend bietet auch für die deutsche iGW Wachstumschancen und neue Absatzmärkte. Gesundheitsprodukte „Made in Germany“ gehören zu den wichtigsten Exportschlägern und haben im Jahr 2023 ein Exportvolumen von 143,1 Mrd. Euro erreicht. Seit 2014 wuchsen die Exporte der iGW jährlich ähnlich zur Gesamtwirtschaft um 4,5 Prozent. Um die Nachfrage stabil zu halten und die Wettbewerbsfähigkeit der Branche auszubauen, sollte die Exportstärke gezielt gefördert werden.

- **Exportstärke der iGW weiter gezielt fördern:** Dies kann beispielsweise durch die Ausweitung der Beratungsgutscheine des BMWK für iGW-Unternehmen auf weitere Märkte sowie den Umbau des Markterschließungsprogramms hin zur dauerhaften Begleitung für Unternehmen der iGW in Zielländern gelingen. Die Förderprogramme der GTAI spielen dabei eine wichtige Rolle. Aber auch der innereuropäische Austausch der EU-Handelsagenturen einzelner Mitgliedstaaten wie der GTAI kann eine gute Koordinierungsstelle für Themen der iGW sein, um die europäische iGW gezielter zu fördern.
- **Auslandsinvestitionen in die iGW fördern:** Der EU-Markt braucht mehr privates Risikokapital, um Investitionen in der iGW zu fördern. Neben innereuropäischen Investitionen sollten sowohl die Bundesregierung, das BMWK und die GTAI weitere Anstrengungen unternehmen, um noch mehr ausländisches Kapital für die iGW anzuwerben; wohlgedacht ohne dabei kritische oder einseitige Abhängigkeiten von ausländischen Geldgebern entstehen zu lassen.

iGW-Unternehmen bei Teilnahme an Ausschreibungen im Ausland unterstützen: Sogenannte „Restriktive Local Content“-Regelungen sind insbesondere für KMU eine große Hürde, um an öffentlichen Ausschreibungen in Ländern wie Indien oder Indonesien teilzunehmen. Auch die lokale Bevölkerung ist hierdurch benachteiligt, da innovative Produkte nicht auf die Märkte gelangen, weniger Wettbewerb stattfindet und die Qualität der Versorgung abnimmt. Die Bundesregierung sollte mit den betreffenden Regierungen verhandeln und Lösungen ausarbeiten, damit auch KMU ohne lokale Produktionsstätten an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen können.

Stärkung der iGW durch sektorspezifische Maßnahmen

Im Zusammenschluss der Sektoren Pharma, Medizintechnik, Biotechnologie und Health-IT ist die Gesundheitsindustrie bestrebt, patientenindividuellere, effizientere und effektivere Diagnostik- und Therapieformen zu erforschen und zu fördern. Entlang des holistischen 4D-Modells (Diagnostics, Devices, Drugs & Data) können Synergieentwicklungen zwischen den verschiedenen Sektoren immer besser genutzt werden – im Sinne einer koordinierten Patientenversorgung. Um das Potenzial der iGW ausschöpfen zu können, braucht es ergänzend zu den sektorübergreifenden Maßnahmen die Stärkung von sektorspezifischen Maßnahmen der iGW zur Stärkung des Gesundheits- und Wirtschaftsstandortes Deutschland.

Fokus Pharma

Die Pharmaindustrie ist ein Innovationstreiber am Forschungsstandort Deutschland. Dabei spielen Schrittinnovationen oder die Weiterentwicklung bewährter Wirkstoffe eine ebenso wichtige Rolle wie Sprunginnovationen. Für die pharmazeutischen Unternehmen ist Deutschland ein wichtiger Baustein ihrer in der Regel global aufgestellten Wertschöpfungsketten. Die Pharma-Branche trug 2023 mit 443.000 Euro Umsatz je Beschäftigten überdurchschnittlich zum ökonomischen Erfolg des industriellen Sektors (376.000 Euro Umsatz je Beschäftigten) in Deutschland bei. Mit ihrer starken mittelständischen Basis ist die Branche fest in den regionalen Wertschöpfungsketten verankert und gehört in allen Bundesländern zu den relevanten Arbeitgebern. Im Jahr 2022 erwirtschaftete sie 28,1 Mrd. Euro Bruttowertschöpfung und ist gemessen an der Beschäftigungsgröße die wertschöpfungsstärkste Branche (nach WZ 19 Kokerei und Mineralölverarbeitung). Pharmazeutische Unternehmen bekennen sich mit überdurchschnittlichen Investitionen zum Standort – mit ihren Investitionen in Höhe von 71.000 Euro je Beschäftigten lag die Branche im Jahr 2022 weit vor der Chemie (32.000 Euro), der Elektroindustrie (WZ 26: 37.000) aber auch der Kfz-Industrie (WZ 29: 62.000) mit an der Spitze aller industriellen Branchen (nach WZ 19 Kokerei und Mineralölverarbeitung, 93.000). Im Jahr 2022 wandte die Pharmaindustrie 9,6 Mrd. Euro für FuE auf, davon 6,1 Mrd. Euro in unternehmenseigenen Forschungsabteilungen.

Der zunehmende Preisdruck setzt die Pharmaindustrie massiv unter Druck. Unternehmen stehen vor der Herausforderung, innovative und lebensnotwendige Produkte zu entwickeln, zu produzieren und gleichzeitig wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu bleiben. Diese Belastungen gefährden nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit, sondern haben auch Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit.

Die folgenden Herausforderungen sind für die Pharma-Branche zentral:

- **Innovationsoffene Weiterentwicklung des AMNOG und Abschaffung der „Leitplanken“ und des Kombiabschlags:** Das Arzneimittelneuordnungsgesetzes (AMNOG) sollte gemeinsam mit forschenden, innovativen Pharmaunternehmen innovationsoffen weiterentwickelt werden mit dem Ziel, auch Schrittinnovationen zu honorieren. Dabei sollten EU-HTA-Ergebnisse verpflichtend im AMNOG-Verfahren genutzt werden, um Doppelarbeit zu vermeiden und den Zugang zu Innovationen zu beschleunigen. Die eingeführten „Leitplanken“ machen bisherige Anreize für die FuE innovativer Arzneimittel zunichte und sollten daher gestrichen werden. Auch die pauschalen Preisabschläge von 20 Prozent für Kombinationstherapien wirken wie eine „Strafsteuer“ auf Innovationen und verschärfen den Preisdruck.
- **Abkehr vom Niedrigpreis-Prinzip:** Um den Preisdruck insbesondere auf Generika zu mindern, sollte das System der Rabattverträge reformiert werden. Derzeit entscheidet

ausschließlich der niedrigste Preis darüber, wer den Zuschlag erhält. Dieser Preisdruck hat zu einer Unterfinanzierung und Instabilität der Lieferketten geführt. Es braucht daher zusätzliche Kriterien in den Rabattverträgen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und Unternehmen zu ermöglichen, in stabile und nachhaltige Lieferketten zu investieren.

- **Abschaffung von Lagerhaltungspflichten durch die Hersteller:** Umfangreiche und unverhältnismäßige nationale Bevorratungspflichten haben unbeabsichtigte Folgen: Zusätzliche Kosten und erhöhte Komplexität für Hersteller verringern die wirtschaftliche Rentabilität von Arzneimitteln mit niedrigen Preisen oder geringen Volumina. Dies verschärft die Marktkonzentration, erhöht das Risiko von Engpässen und gefährdet den Zugang der Patientinnen und Patienten zu wichtigen Medikamenten.
- **Umsetzung der Kommunalen Abwasserrichtlinie überdenken:** Auch wenn beispielsweise die zusätzliche Klärstufe im Rahmen der europäischen Abwasserrichtlinie umweltpolitisch sinnvoll ist, ist es problematisch, die finanzielle Last nahezu allein der pharmazeutischen Industrie aufzubürden. Diese Kosten belasten weiter das Gesundheitssystem und gefährden erheblich die Wettbewerbsfähigkeit der iGW. Hier sollten auch andere Sektoren im Einklang mit dem Verursacherprinzip der EU eingeschlossen werden.
- **Schnellere und einfachere Zulassungsverfahren für Arzneimittel:** Die regulatorischen Rahmenbedingungen für die Zulassung neuer Arzneimittel sind entscheidend für die Attraktivität des Standorts Europa. Trotz hoher Standards sind die Zulassungsverfahren in der EU im internationalen Vergleich zu langwierig und bürokratisch. Deshalb ist eine dringend notwendige Beschleunigung und Vereinfachung der europäischen Zulassungsverfahren erforderlich. Dies umfasst eine verstärkte Nutzung agiler Verfahren, wie beschleunigte oder bedingte Zulassungen sowie eine Straffung der Governance-Strukturen bei der EU-Arzneimittelbehörde EMA – ohne dabei die hohen Standards an Wirksamkeit, Qualität und Sicherheit neuer Arzneimittel zu gefährden.

Fokus Medizintechnik

Medizinprodukte umfassen eine große Bandbreite von medizintechnischen Produkten und Verfahren, die Leben retten und die Lebensqualität der Menschen verbessern. Nach Schätzungen des Bundesgesundheitsministeriums gibt es ca. 500.000 verschiedene Medizinprodukte auf dem europäischen Markt. Neben den Medizinprodukten nach der europäischen Medizinprodukte-Verordnung (MDR) gehören darüber hinaus auch In-vitro-Diagnostika zur Medizintechnik-Branche. Labordiagnostika haben mit der europäischen IVD-Verordnung (IVDR) eine sehr ähnliche Regulierung wie Medizinprodukte mit der europäischen Medizinprodukte-Verordnung (MDR).

Die deutsche Medizintechnik-Branche ist geprägt von einer hohen Innovationsdichte und einer stark diversifizierten Wertschöpfungsstruktur. Mit einem Gesamtjahresumsatz von über 40,4 Mrd. Euro im Jahr 2023 ist die Medizintechnikindustrie in Deutschland ein bedeutender und stetig wachsender Eckpfeiler der deutschen Wirtschaft. Die Branche investiert neun Prozent ihres Umsatzes in FuE. Die rund 1480 Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten bieten rund 161.000 Arbeitsplätze; zählt man die Kleinst- und Handelsbetriebe mit, kommt die Branche auf insgesamt rund 12.000 Betriebe mit 265.000 Beschäftigten. Angesichts einer Exportquote von 67,8 Prozent kommt dem Auslandsgeschäft eine hohe Bedeutung zu. Knapp 37 Prozent der deutschen Medizintechnikausfuhren gingen 2023 in Länder der Europäischen Union.

Die folgenden Herausforderungen sind für die Medizintechnik-Branche zentral:

- **Weiterentwicklung der EU-MDR/IVDR:** Die MDR und die IVDR erschweren durch ihre Komplexität und mangelnde Berechenbarkeit den Innovationsprozess im Medizinproduktebereich. Um den Zugang zu innovativen Produkten zu beschleunigen, braucht die EU-MDR/IVDR die

Einführung eines Fast-Track-Verfahrens für innovative Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika. Um die Versorgung mit Bestandsprodukten dauerhaft zu sichern, sollte der fünfjährige Re-Zertifizierungszyklus abgeschafft und ein Spezialverfahren für Nischenprodukte eingeführt werden. Diese Maßnahmen würden nicht nur die Effizienz steigern, sondern auch KMU entlasten, die besonders von den hohen Kosten und unklaren Zeitrahmen betroffen sind. Zudem könnte so das internationale Ansehen der CE-Kennzeichnung wieder hergestellt werden.

- **Doppelregulierung zwischen MDR und AI-Act verhindern:** Angesichts des wachsenden Einsatzes von KI in der Medizintechnik müssen widersprüchliche Regelungen in der Umsetzung zwischen der Medizinprodukteverordnung (MDR) und dem EU-AI Act vermieden werden. Ein klarer, harmonisierter Ansatz, der beide Regelwerke berücksichtigt, ist notwendig, um Innovationen zu fördern und gleichzeitig die Patientensicherheit zu gewährleisten.
- **Planbare Genehmigungsfristen für Dual-Use-Ausfuhren der Medizintechnikbranche:** Um die Wettbewerbsfähigkeit der Medizintechnikbranche zu stärken, sind verbindliche und angemessen planbare Genehmigungsfristen für die Ausfuhr von Medizintechnik-Gütern in Nicht-EU-Länder, die unter die europäische Dual-Use-Verordnung fallen, essenziell. Planbarkeit stärkt das Verhältnis zu Kunden in umkämpften Märkten. Die Bundesregierung sollte belastbare Verfahren etablieren, die unsere Sicherheit stärken, Zeit einsparen und damit eine Investition für den Hochtechnologiestandort darstellen.
- **Einheitliche Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes auf Medizinprodukte:** Die EU hat den Weg für die Mitgliedstaaten frei gemacht, für Gesundheitsprodukte den ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu erheben. Daher sollte dies aufgegriffen und für alle Medizinprodukte der ermäßigte, zumindest aber ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz gelten. Aktuell variiert die Besteuerung abhängig vom Produkt oder Bundesland, was zu bürokratischen Hürden und Wettbewerbsverzerrungen führt.
- **Pauschales PFAS-Verbot verhindern:** Ein pauschales Verbot von PFAS sollte verhindert werden, da viele Stoffe in der Medizintechnik unverzichtbar sind. Es braucht eine differenzierte Bewertung der einzelnen PFAS-Stoffe, um ein Pauschal-Verbot zu verhindern. Die iGW setzt sich für einen risikobasierten Ansatz ein.

Fokus Biotechnologie

Die Mehrheit (65 %) der deutschen Biotech-Unternehmen sind im medizinischen Sektor tätig. 26 Prozent dieser Unternehmen entwickeln neue Medikamente, beispielsweise für Krebsimmuntherapien, Autoimmun- oder neurologische Krankheiten. 14 Prozent entwickeln Diagnostika, z. B. Tests für Coronaviren, Krebs oder den schnellen Nachweis von Krankheitserregern. Weitere 25 Prozent bieten Dienstleistungen für die medizinische Forschung an. Diese Unternehmen tragen erheblich zur Bruttowertschöpfung des deutschen Gesundheitswesens bei, sie zahlen aber auch auf die Resilienz der Branche ein, da sie Abhängigkeiten durch die Reproduktion natürlicher, beispielsweise tierischer Substanzen vermindern.

Im Jahr 2023 betrug die Bruttowertschöpfung der medizinischen Biotechnologie allein 10,6 Mrd. Euro und machte damit über elf Prozent der Bruttowertschöpfung der industriellen Gesundheitswirtschaft (iGW) in Deutschland aus. Das Exportvolumen der Biotechnologie ist in den letzten zehn Jahren von 19,2 Mrd. auf 33,4 Mrd. Euro um 74 Prozent angestiegen. Insgesamt erzeugt Biotechnologie eine Bruttowertschöpfung (inkl. indirekter und induzierter) von über 25 Mrd. Euro; und mit der wirtschaftlichen Aktivität der Branche sind gesamtwirtschaftlich rund 222.000 zusätzliche Erwerbstätige verbunden.

Die erheblichen Fortschritte der Biotechnologie im Bereich der Gesundheitsversorgung trugen mit dazu bei, die Lebensdauer und die Lebensqualität in den letzten 50 Jahren deutlich zu erhöhen. Besonders nach der sehr schnellen Entwicklung und Bereitstellung der Corona-Impfstoffe wurde

deutlich, wie wichtig der technologische Fortschritt und wie bedeutend der Beitrag der Biotechnologie-Industrie für die Gesundheitsversorgung ist. Da viele Krankheiten noch nicht oder nicht hinreichend therapierbar sind, besteht weiterhin ein hoher medizinischer Bedarf. Deshalb ist die Pharma- und Biotechnologieindustrie trotz der bisherigen Fortschritte auch weiterhin gefordert, neue Therapien zu entwickeln.

Die folgenden Herausforderungen sind für die medizinische Biotechnologie-Branche zentral:

- **Erweiterung des „DeepTech & Climate Fonds“ auf Produktionsverfahren der medizinischen Biotechnologie:** Um die Innovationskraft in der medizinischen Biotechnologie zu stärken und notwendige Kapitalressourcen zu mobilisieren, sollte der DeepTech & Climate Fonds auch für die medizinische Biotechnologie geöffnet werden; dies sollte im Abgleich mit den Instrumenten des Europäischen Investitionsfonds erfolgen, um synergetische Effekte zu erzielen und eine ganzheitliche Unterstützung für innovative Projekte in der Biotechnologie zu gewährleisten.
- **Gezielte Förderung von KI und Digitalisierung in der Biotechnologie:** Um die Effizienz in der FuE zu steigern und innovative Therapieformen schneller zu entwickeln, ist die Digitalisierung der biopharmazeutischen Forschung und Produktion unerlässlich. Investitionen in digitale Infrastrukturen und KI-gestützte Forschungsplattformen sollten verstärkt gefördert werden, um Deutschland als wettbewerbsfähigen Standort zu sichern. Zudem braucht es klare Leitlinien für den Einsatz von KI in klinischen Studien und bei Zulassungsprozessen.
- **Regulierung für Gentechnik und Biotechnologie innovationsoffen gestalten:** Angesichts der Bedeutung der Gentechnik für die Diagnose, Prävention und Behandlung schwerer Erkrankungen z. B. mit Gen- und Zelltherapien bei Blut-, Krebs- und Autoimmunerkrankungen sollte Ziel sein, die Regulierung des Einsatzes der Technologie immer auf dem neuesten Stand der Wissenschaft zu halten und wissenschaftlich begründete Risikobewertungen vorzunehmen. Nur so können die Errungenschaften der modernen Medizin für Patientinnen und Patienten von Nutzen sein. Regulierungen sollten dabei nicht nur die Effizienz der Produktionsprozesse erhöhen, sondern auch dazu beitragen die Umweltbelastung zu reduzieren.
- **Keine Einführung einer vollumfänglichen automatischen Substitution von Biopharmazeutika:** Die Einführung einer vollumfänglichen automatischen Substitution in der Apotheke wird – wie bereits bei Generika – zum weiteren Verlust technologischer Souveränität durch eine beschleunigte Abwanderung der Biotech-Industrie aus Deutschland führen. Dies hätte eine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung von Patientinnen und Patienten mit den meist gegen schwere chronische beziehungsweise lebensgefährdende Krankheiten einzusetzenden Biopharmazeutika zur Folge.

Fokus Health-IT

Die Health-IT-Branche spielt eine entscheidende Rolle in der Transformation des Gesundheitswesens und trägt erheblich zur Effizienzsteigerung und zur Verbesserung der Patientenversorgung bei. Digitale Gesundheitslösungen, von Telemedizin bis hin zu KI-gestützten Diagnosetools bieten immense Chancen zur Optimierung von Arbeitsabläufen und zur besseren Nutzung von Gesundheitsdaten. Der Umsatz im Markt Digital Health wird 2024 voraussichtlich 4,51 Mrd. Euro betragen. Laut Prognose wird im Jahr 2029 ein Marktvolumen von 6,72 Mrd. Euro erreicht; dies entspricht einem erwarteten jährlichen Umsatzwachstum von 8,3 Prozent (CAGR 2024-2029). Der weltweite Umsatz von 170,25 Mrd. US-Dollar im Jahr 2023 wird voraussichtlich bis 2028 auf 274,93 Mrd. US-Dollar steigen.

Dies zeigt das Potenzial für Innovationen und Wachstum. Durch den Einsatz von Big Data und KI können sowohl hochqualitative Behandlungen deutlich effizienter erbracht werden als auch

personalisierte Behandlungsansätze entwickelt und die Versorgung individualisiert werden. Zudem tragen digitale Lösungen zur Verbesserung der Patientenkommunikation und zur Förderung des Selbstmanagements bei, was die Patientenzufriedenheit und -bindung erhöht. Jedoch stehen Unternehmen der Health-IT-Branche auch vor zahlreichen Herausforderungen. Eine der größten Hürden ist die Komplexität der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der strenge Datenschutz und -sicherheitsbestimmungen, die bei der Verarbeitung von Gesundheitsdaten beachtet werden müssen. Diese regulatorischen Anforderungen können Innovationsprozesse verlangsamen und hohe Kosten verursachen. Zudem fehlt es häufig an standardisierten Schnittstellen zwischen verschiedenen Systemen, was die Integration digitaler Lösungen in bestehende Infrastrukturen erschwert.

Die folgenden Herausforderungen sind für die Health-IT-Branche zentral:

- **Unterstützung beim Umstellungsprozess von Krankenhausinformationssystemen:** *Zwischen den Jahren 2027 – 2030 müssen etwa zwei Drittel der deutschen Uni-Kliniken und ein Großteil der anderen Kliniken ihre Krankenhausinformationssysteme wechseln; diese Herausforderungen sollten als einmalige Chance begriffen werden, digitale Möglichkeiten – von KI, über Telemonitoring oder Prozessoptimierungen – in die Anwendung zu bringen.*
- **Anbindung der Krankenhäuser an dezentrale Versorgungsstrukturen fördern:** *Die Förderung der Anbindung von Krankenhäusern an dezentrale Versorgungsstrukturen ist entscheidend für eine effizientere und patientenorientierte Gesundheitsversorgung. Durch die Integration von ambulanten und häuslichen Versorgungsangeboten, wie niedergelassenen Ärzten, mobilen Pflegediensten und Telemedizin, wird die Patientenversorgung weniger auf die stationären Einrichtungen konzentriert. Dies entlastet nicht nur die Krankenhäuser, sondern ermöglicht auch eine wohnortnahe Versorgung, insbesondere in ländlichen Regionen oder Gebieten mit eingeschränkter stationärer Infrastruktur.*
- **Digitalagentur für Gesundheit als Regulierungsinstanz und nicht als Marktakteur:** *Die Weiterentwicklung der Gematik GmbH zu einer Digitalagentur darf nicht zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen führen. Statt Flexibilität und Innovation zu fördern, könnten durch den staatlichen Eingriff in den Markt und die geplante Kontrolle zentraler IT-Komponenten starre Monopole entstehen, die durch eventuelle technische Fehlfunktionen das Risiko für flächendeckende Ausfälle und Sicherheitsvorfälle erhöhen. Eine zukünftige Digitalagentur sollte als Kontrollinstanz nicht gleichsam Produkte und Dienste im eigenen Ermessen entwickeln oder beauftragen können. Exemplarisch müssen verbindliche Vorgaben zur Benutzerfreundlichkeit durch eine (teil-)staatliche Institution ausgeschlossen sein, die innovative Produkt- und Funktionsverbesserungen nachhaltig hemmen. Jene Ausgestaltung sollte Herstellern und Anbietern im Wettbewerb obliegen, um unter Berücksichtigung von Nutzenden-Feedback die besten Lösungen zu entwickeln.*
- **Cybersecurity für kritische Gesundheitsinfrastruktur erhöhen:** *Eine zunehmende Vernetzung von Systemen und die Digitalisierung erhöht die Anfälligkeit für Cyberangriffe, die in der Gesundheitsindustrie bereits zu Produktionsausfällen geführt haben. Die Erhöhung der Sicherheitsanforderungen sollte im gemeinsamen Interesse zwischen öffentlichen und privaten Sektoren intensiviert werden, um innovative Lösungen und Best Practices auszutauschen und die Resilienz der Gesundheitsinfrastruktur zu gewährleisten.*

Über den BDI

Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Damit unterstützt er die Unternehmen im globalen Wettbewerb. Er verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk in Deutschland und Europa, auf allen wichtigen Märkten und in internationalen Organisationen. Der BDI sorgt für die politische Flankierung internationaler Markterschließung und er bietet Informationen und wirtschaftspolitische Beratung für alle industrierelevanten Themen. Der BDI ist die Spitzenorganisation der deutschen Industrie und der industrienahen Dienstleister. Er spricht für 39 Branchenverbände und mehr als 100.000 Unternehmen mit rund acht Mio. Beschäftigten. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. 15 Landesvertretungen vertreten die Interessen der Wirtschaft auf regionaler Ebene.

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Lobbyregisternummer: R000534

Redaktion

Rabea Knorr
Leiterin Abteilung Industrielle Gesundheitswirtschaft
T: +49 30 2028-1495
r.knorr@bdi.eu

Maria Kusmina
Stellvertretende Leiterin Abteilung Industrielle Gesundheitswirtschaft
T: +49 30 2028-1505
m.kusmina@bdi.eu

BDI Dokumentennummer: D1997